



2022/01 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2022/01/vorfahrt-fuer-die-pilger>

Indiens Infrastrukturpolitik schert sich wenig um den Klimawandel

Vorfahrt für die Pilger

Von Catharina Hänsel

Die Folgen des Klimawandels sind in Indien bereits spürbar, insbesondere in der Himalaya-Region. Sie treffen vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen. Doch die Regierung nimmt bei Infrastrukturprojekten wenig Rücksicht auf ökologische Belange und Umweltbewusstsein verbreitet sich nur langsam.

An Warnungen mangelt es nicht. Im Nordwesten Indiens seien häufigere Wetterextreme zu befürchten, besonders gefährdet sei die ökologisch fragile Himalaya-Region, wo zudem geringerer Schneefall die Gletscherabschmelzung beschleunigen werde, konstatierte etwa ein Mitte Dezember vom indischen Institut Climate Trends veröffentlichter Bericht. Auch hochrangigen Politikern der hindunationalistischen Regierungspartei Bharatiya Janata Party (BJP) ist das Problem nicht entgangen. Ende November berichtete Landwirtschaftsminister Narendra Singh Tomar im Parlament, dass Indien 2021 wegen des Klimawandels fünf Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche verloren habe.

Doch in der Klimadiplomatie ist die indische Regierung zögerlich. Als Premierminister Narendra Modi vor der UN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow ankündigte, Indien wolle bis 2070 klimaneutral werden, waren die Hoffnungen auf weitreichende Verpflichtungen hoch. Doch das änderte sich schnell, als das Land kurz vor Ablauf der Verhandlungen einen endgültigen Kohleausstieg als gemeinsames Ziel verhinderte. Indien ist der weltweit viertgrößte Emittent von Treibhausgasen, allerdings betragen die indischen Kohlendioxidemissionen pro Kopf weniger als die Hälfte des globalen Durchschnitts. Daher wirft das Beispiel Indiens einmal mehr Fragen der Klimagerechtigkeit auf – zwischen Staaten des Globalen Nordens und des Globalen Südens, aber auch zwischen sozialen Schichten innerhalb des Landes.

Indien ist der weltweit viertgrößte Emittent von Treibhausgasen, allerdings betragen die indischen Kohlendioxidemissionen pro Kopf weniger als die Hälfte des globalen Durchschnitts.

Sunita Narain, die Leiterin des Think Tanks Centre for Science and Environment, hat im Zuge der internationalen Kritik an Indiens Rolle während der Klimaverhandlungen zu

bedenken gegeben, dass reichere Länder ihre Verpflichtungen zu Ausgleichszahlungen an ärmere Länder nicht einhielten. Obwohl man sich auf ein gemeinsames Budget von 100 Milliarden US-Dollar jährlich verständigt habe, fließe kaum Geld. Sie gibt zu bedenken, dass 30 Prozent der Weltbevölkerung im Globalen Norden über einen historischen Zeitraum von mehreren Hundert Jahren einen Großteil der natürlichen Ressourcen verbraucht hätten, der nun den 70 Prozent im Globalen Süden nicht mehr zur Verfügung stehe.

Aber auch innerhalb Indiens sind Ressourcenverbrauch und Emissionen ungleich – Unterschiede gibt es vor allem zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Das Leben der städtischen Wohlhabenden mit ihren Klimaanlageanlagen und großen Autos verursacht mehr als doppelt so viele Emissionen wie das der Landbevölkerung. Die Folgen sind schwere Regenfälle und Überschwemmungen während der Regenzeit, lange Dürreperioden und Ernteaufschläge. In Großstädten wie Neu-Delhi erreichen die Feinstaubwerte bis zu 800 auf einer Skala, auf der Werte über 50 bereits bedenklich sind. Wie kann es Indien schaffen, umwelt- und entwicklungspolitische Ziele in Einklang zu bringen?

Im Himalaya macht sich dieses Problem besonders bemerkbar. Die Bergregion beherbergt nicht nur ein fragiles Ökosystem mit einer besonderen Tier- und Pflanzenwelt, sie ist auch eines der wichtigsten Wasserreservoirs. Das führt immer wieder zu Konflikten mit Indiens Nachbarländern, vor allem am Fluss Brahmaputra (chinesisch: Yarlung Zangbo), dessen Quellen in China liegen. Staudammprojekte zur Gewinnung erneuerbarer Energie auf chinesischer Seite geben in Indien Anlass zur Sorge, dass die landwirtschaftliche Nutzung des Wassers nicht mehr gewährleistet sein könnte.

Zudem spitzen sich derzeit Grenzdispute zwischen China und Indien zu, was eine stärkere Militarisierung des Gebiets zur Folge hat. Vor allem das Straßennetz wurde ausgeweitet, um Truppen schneller verlegen zu können – allein die Regierung des Bundesstaats Uttarakhand hat in diesem Jahr angekündigt, sechs Milliarden Rupien (etwa 700 Millionen Euro) für neue Straßen auszugeben. Solche infrastrukturellen Eingriffe sind in Uttarakhand gefährlich, da sich das steile Terrain stark von anderen Gebirgsabschnitten unterscheidet. Selbst die britischen Kolonialherren wagten es nicht, wie in anderen Teilen des Himalaya eine Eisenbahnstrecke in die Berge zu bauen, obwohl die britische Verwaltung große Teile der Wälder in dieser Region abholzen ließ und den Schienenverkehr für den Abtransport der Stämme gut hätte gebrauchen können. Der Sicherheitsexperte Manoj Joshi der Observer Research Foundation aus Delhi warnte im November in der Zeitung The Wire, Indien dürfe sich mit diesen potentiell umweltschädlichen Infrastrukturprojekten »nicht selbst ins Knie schießen«.

Bei den Wahlen in Uttarakhand im kommenden Februar spielt die Entwicklung der Infrastruktur eine große Rolle. In der Region liegen viele Pilgerstädte, darunter Gangotri, Yamunotri, Kedarnath und Badrinath nahe den Quellen des Ganges. Hier wird die sogenannte Char Dham Road gebaut; der Oberste Gerichtshof berät derzeit, ob die Verbreiterung der Straße rechtmäßig ist. Es geht also nicht nur um die militärische Erschließung der Region, sondern auch um religiöse und politische Ziele der BJP, die in Uttarakhand um den Erhalt ihrer Regierungsmacht kämpft.

Nicht nur der Zustrom von Pilgern soll gefördert werden, sondern auch der Tourismus der Mittelschicht. Entlang der Straßen entstehen derzeit viele neue Luxusresorts. Die Arbeit im Homeoffice in den Bergen ist während der Covid-19-Pandemie in der nahegelegenen Metropole Neu-Delhi so beliebt geworden, dass der nicht weit von Uttarakhands Hauptstadt Dehradun entfernte Bergort Mussoorie sich gezwungen sah, die Zahl von Touristen auf 15 000 pro Tag zu begrenzen.

Für die bäuerliche Bevölkerung sind jedoch vor allem während der Regenzeit die fatalen Konsequenzen jahrelanger Abholzung und intensiven Straßenbaus spürbar: Überflutungen und Erdbeben, die ganze Dörfer begraben, da die Wassermassen keine natürlichen Barrieren mehr vorfinden. Allein in diesem Jahr starben durch die Fluten des Monsuns im Bundesstaat Uttarakhand nach offiziellen Angaben 298 Menschen, tatsächlich dürften es deutlich mehr sein.

Durch das Abschmelzen der Gletscher verstärken sich diese Gefahren. Beim Kollaps eines Staudamms im Distrikt Chamoli nahe Badrinath im Februar starben 204 Angestellte des Kraftwerks durch herabstürzende Gesteins- und Eismassen, die nach Expertenschätzungen so viel Energie freisetzten wie 15 Hiroshima-Atombomben. Viele Menschen verlassen wegen der erschwerten Bedingungen die ländlichen Bergregionen und wandern in größere Städte in den Tälern wie etwa Dehradun ab.

Soumya Prasad möchte das ändern. Als Mitglied der Organisation Nature Science Initiative setzt sie sich für ein stärkeres regionales Umweltbewusstsein in Uttarakhand ein. Vor allem im Unterricht müsse dieses Thema eine größere Rolle spielen. »Viele Kinder wissen nicht viel über ihre natürliche Umwelt und welche lebenswichtige Funktion sie hat. In ihren Schulbüchern werden diese Themen, wenn überhaupt, sehr theoretisch behandelt«, berichtet Prasad im Gespräch mit der Jungle World. Vor allem ärmeren Kindern, deren Eltern im informellen Sektor beschäftigt sind, fehle der Zugang zur Natur. Daher hat Prasad gemeinsam mit Partnerorganisationen eine Online-Lernplattform mit Informationen über die lokale Biodiversität entwickelt. »Es reicht nicht, wissenschaftlich über diese Themen zu diskutieren«, sagt sie. »Wenn sich etwas ändern soll, dann muss die Kommunikation so gestaltet sein, dass alle die Probleme verstehen.« Klimaaktivismus müsse inklusiver werden, um etwas erreichen zu können.

Das Problem der indischen Klimapolitik liegt daher vielleicht weniger auf diplomatischer Ebene, wo internationale Klimagerechtigkeit bislang keine ausreichende Beachtung fand. Für den Ausbau erneuerbarer Energien bedürfe es wesentlich höherer ausländischer Investitionen, fordert etwa Arunabha Ghosh vom Council on Energy, Environment and Water in Delhi. Indien ist eines der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder – allerdings gilt das nicht für alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße.

In Dehradun scheint derzeit das Bewusstsein für die regionalen Umweltprobleme zuzunehmen. Als für die Verbreiterung einer Verbindungsstraße in die Berge Eukalyptusbäume gefällt werden sollten, versammelten sich im September einige Hundert Menschen zu einer Demonstration und knoteten buntes Garn um die Bäume, um sie vor der Abholzung zu beschützen. Genützt hat es allerdings wenig. Die Bauarbeiten gingen trotzdem weiter.